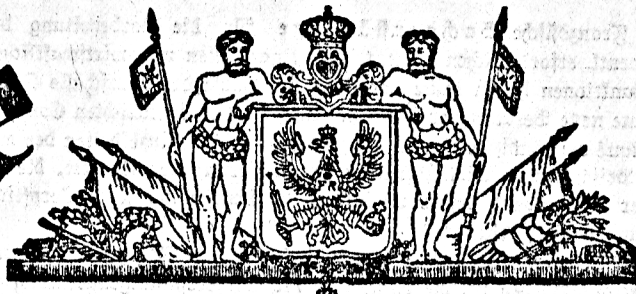


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub> % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Vorantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Deutschland ruft Hardings Entscheidung an.

Berlin, 21. 4. (W. Z. B.) Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

„Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen.

Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zuberstehliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folge drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

gez. Fehrenbach.

gez. Dr. Simons.“

Als Ergänzung zu dem vorgestern vormittag bereits abgefassten Telegramm des Reichskanzlers an den Präsidenten Harding, das vom Minister des Auswärtigen gegengezeichnet ist, wird noch heute an die Adresse der Reparationskommission eine deutsche Note abgegeben, in der Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs gemacht werden. Nach unserer Information wird in dieser Note ausdrücklich betont sein, daß es sich bei diesen Wiederaufbauvorschlägen nur um einen Teil des gesamten deutschen Reparationsanerbietens handeln soll, das in seiner Totalität von der Entscheidung des Präsidenten Harding abhängig gemacht wird. Man darf annehmen, daß spätestens morgen der Inhalt der Wiederaufbaunote auch der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben wird.

Dem Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten sind eine Reihe von Schritten des Reichskabinetts vorangegangen, die nicht zu dem erwünschten Ziele geführt haben. Die wesentlichen Phasen der deutschen Versuche sind hier jeweils bereits ausführlich mitgeteilt worden. Die deutsche Regierung hatte namentlich ihr Augenmerk darauf gerichtet, eine Reihe von Bestimmungen der Pariser Beschlüsse in ihren Ausführungen umzugestalten. Insbesondere empfand sie es als bedenklich, daß Deutschland in der Höhe der von ihm angenommenen Summen Verpflichtungsscheine der Entente ausshändigen sollte, die die Entente dann ihrerseits als Grundlage für die Beschaffung der notwendigen Geldsummen machen wollte. Der besonderen Nachteil dieser Verpflichtungsscheine sah man darin, daß Deutschland auf diese Weise eines Vorteiles verlustig ging, den der Vertrag von Versailles als Eventualität vorsieht. Denn nach dem Friedensvertrag ist die Reparationskommission in der Lage, die Deutschland auferlegten Verpflichtungen unter gewissen Umständen zu erleichtern. Eine Reduktion der Verpflichtungen wäre aber nach der Auffassung der deutschen Reichsregierung schon aus technischen Gründen ausgeschlossen, wenn die Verpflichtungsscheine an dritte Gläubiger von Seiten der Entente gegeben sind. Es erschien deshalb der Reichsregierung von Wichtigkeit, den Versuch zu machen, sich die notwendigen Geldsummen direkt zu beschaffen und die Anleiheverhandlungen mit den Geldgebern direkt an Stelle der Alliierten zu führen. Nach der Meinung der Reichsregierung würde ein solches Verfahren auch für die Alliierten von Vorteil gewesen sein. Aber es ist ihr trotz aller Bemühungen nicht gelungen, eine Basis für eine solche direkte Geldbeschaffung zu finden.

Als Geldgeber kamen naturgemäß einzig und allein die Vereinigten Staaten in Betracht, die als größter Gläubiger der anderen alliierten Staaten ein besonderes Interesse auch an der Sanierung der französischen Finanzen haben müssen. Nach mehrfachen Unterredungen, die der Außenminister mit amerikanischen Persönlichkeiten gehabt hat, hat er schließlich dem amerikanischen diplomatischen Vertreter in Berlin, Dresel, die Idee eines direkten Appells an den Präsidenten der Vereinigten Staaten unterbreitet. Der amerikanische Geschäftsträger, der im übrigen in dieser Angelegenheit keinerlei Initiative ergriffen hat, hieß, wie verlautet, den Vorschlag gut und hat ihn vorgestern vom Minister Simons zur Uebermittlung an sein Staatsoberhaupt entgegengenommen.

Die Antwort steht noch aus und ist von der deutschen Regierung auch noch nicht erwartet worden, weil Präsident Harding, bevor die Alliierten ihr Einverständnis erteilt haben, sich nicht zu äußern vermag. Es ist auch vor der nächsten Woche eine Klärung kaum zu erwarten. Vermutlich wird in der am Sonnabend stattfindenden Konferenz der alliierten Staatsmänner in Sythe sowohl die deutsche Reparationsnote wie auch der deutsche Appell an den Präsidenten Harding beraten werden. Für Montag hat Minister Simons die auswärtigen Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages gebeten, in gemeinsamer Sitzung seine Mitteilungen entgegenzunehmen, und er beabsichtigt am Dienstag in der Plenarsitzung des Reichstags die von verschiedenen Parteien eingebrachten Interpellationen über die auswärtige Politik zu beantworten.

Das Reichskabinet hat sich, wie man selbstverständlich annehmen muß, die Konsequenzen seines folgenschweren Schrittes nach allen Richtungen hin überlegt und ist sich vermutlich der Tatsache voll bewußt, daß es mit dem Augenblick der Uebergabe der Note an den amerikanischen Geschäftsträger das Schicksal des deutschen Volkes in die Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten gelegt hat. Nachdem das Reichskabinet diesen Weg vertreten hat, muß jeder Deutsche aus innerstem Herzen wünschen, daß die Regierung Fehrenbach mit ihrem Appell an den Präsidenten Harding einen besseren Erfolg zu verzeichnen haben werde, als es dem letzten kaiserlichen Kabinet des Prinzen Max von Baden mit seiner vertrauensvollen Anrufung des früheren amerikanischen Präsidenten Wilson beschieden gewesen ist.

Bld.

## England und der 1. Mai.

Der Standpunkt der britischen Regierung.

Drahtmeldung unseres Londoner Berichtserkatters.

London, 21. April.

Im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz in Sympne hatte ich heute Gelegenheit, mich an bestinformierter Stelle über die Absichten und Ansichten der englischen Regierung zu erkundigen. Die Auskunft, die ich dort erhielt, schilderten den fürchtbaren Ernst der Situation in ganz unzweideutigen Worten und ließ keinerlei Zweifel, daß es den Alliierten wirklich bitterer Ernst mit ihren Drohungen ist.

Auf meine Frage nach den positiven Plänen der englischen Regierung erwiderte mein Gewährsmann, der beruflich den maßgebenden Persönlichkeiten sehr nahe steht, daß positive Pläne auf englischer Seite noch nicht bestehen. Die Konferenz in Sympne hat vielmehr nur den Zweck, die Engländer über die französischen Pläne zu informieren. Es wird erwartet, daß die französischen Herren mit einem vollkommen ausgestatteten Plan für die Durchführung der Strafmaßnahmen nach England kommen werden. Für die englischen Teilnehmer gilt die Besprechung in Sympne nur dem Zweck, diese Absichten in allen Einzelheiten kennen zu lernen und sich auf Grund dieser Mitteilungen über die erforderlichen englischen Maßnahmen schlüssig zu werden. Daher weiß die englische Regierung noch nicht, ob sie sich an einem eventuellen militärischen Vorgehen beteiligen soll. Sie weiß ferner noch nicht, ob sie zur Teilnahme an einer möglichen Seeblockade Hamburgs bereit sein wird. Sie hat sich über keine derartige Angelegenheit schlüssig gemacht, weil sie immer noch hofft, die Ergreifung von neuen Strafmaßnahmen vermeiden zu können.

Ich stellte daraufhin die Frage, wovon England ein aktives Vorgehen bzw. eine friedliche Belagerung der Differenzpunkte abhängig machen will und erhielt die Antwort:

„England wünscht aufrichtig, daß Deutschland noch in letzter Stunde ein annehmbares oder wenigstens diskutierbares Angebot macht. In diesem Punkte sind sich alle Alliierten einig. Denn keine der alliierten Regierungen möchte ihre Truppen wieder zu einer direkten Aktion gegen Deutschland verwenden. Aber es hängt vollkommen von Deutschland ab, ob ein neues aktives Vorgehen vermieden werden kann oder nicht.“

Die gemäßigten Elemente in den alliierten Ländern haben dringend gehofft, daß Deutschland brauchbare Vorschläge machen wird. Die Enttäuschung darüber, daß von Seiten Deutschlands gar nichts erfolgt ist, um die Krise abzuwenden, ist ungeheuer groß. Die Regierungen der alliierten Länder, die der Volksstimmung in ihren Staaten Rechnung tragen müssen, können nicht an der Tatsache vorübergehen, daß jetzt auch die gemäßigten Elemente verlangen, daß angesichts der deutschen Verschleppungstaktik Ernst gemacht wird. Als ein brauchbares deutsches Angebot würde der englischen Regierung jeder Vorschlag erscheinen, der überhaupt die Möglichkeit einer Diskussion gäbe.

Die Vorschläge, die Dr. Simons auf der Londoner Konferenz gemacht hat, waren für die Ententemächte nicht diskutabel, und jetzt ist die Situation dadurch wesentlich erschwert worden, daß Deutschland bis zur letzten Minute geögert hat. Die alliierten Regierungen werden kaum in der Lage sein, ein eventuelles deutsches Angebot sofort akzeptieren zu können. Denn die Pariser Vorschläge erklärt die deutsche Regierung ja für unannehmbar. Aber die deutsche Regierung hätte den Regierungen der alliierten Mächte zu mindestens so viel Zeit lassen müssen, daß sie die Möglichkeit hätten, neue deutsche Vorschläge in Ruhe zu prüfen. Dafür ist aber die Zeit sehr kurz, und wenn auch jetzt noch ein solcher deutscher Vorschlag kommen sollte, so wird die Welt Deutschland den Vorwurf machen, daß es die Geduld seiner Vertragsgegner auf eine so harte Probe gestellt hat.

Aber, um es klar zu sagen: jedes diskutabile Angebot, jeder Vorschlag, der mit Aussicht auf eine Einigung erörtert werden könnte, würde der englischen Regierung eine erwünschte Gelegenheit sein, von den Strafmaßnahmen, an denen keines der alliierten Länder ein Interesse hat, dringend abzuraten. Aber es stehen